



Update aus Berlin

Januar '24

**WIR BRAUCHEN
EINEN AUFSTAND
DER ANSTÄNDIGEN!**



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

am Wochenende sind mehrere Tausend Demokratinnen und Demokraten in vielen Städten auf die Straße gegangen, um laut und deutlich Flagge gegen die AfD, gegen Rassismus und gegen Ausgrenzung zu zeigen. Das ist ein wichtiges Zeichen für die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie! Wir stehen wie keine andere Partei für den Kampf gegen Rechts, seit 160 Jahren verteidigen wir unsere Demokratie gegen ihre Feinde und Verächter.

Letzte Woche haben wir uns zu unserer Jahresauftaktklausur in Berlin getroffen. Wir gehen auch in diesem Jahr geschlossen, stark und mit großem Elan an die vor uns liegenden Herausforderungen. Wir arbeiten weiter an einem starken Sozialstaat und machen das Leben der Menschen leichter. Wir haben uns aber auch für eine zukunftsfähige Haushaltspolitik ausgesprochen, die eine Reform der Schuldenbremse einschließt. Denn deren starre Begrenzungen sind ein Wohlstandsrisiko für jetzige und künftige Generationen, da sie nicht genug Spielräume für starke Zukunftsinvestitionen ermöglichen. Die Schuldenbremse ist in ihrer jetzigen Form nicht mehr zeitgemäß.

Zudem haben wir über Herausforderungen der Innen- und Rechtspolitik beraten, etwa über die Notwendigkeit der Ordnung und Steuerung von Migration und der Bekämpfung von organisierter Kriminalität. Gemeinsam mit unseren Abgeordneten im Europaparlament haben wir außerdem über Europa und die anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament diskutiert. Unsere Spitzenkandidatin Katarina Barley hat vor der Fraktion ein flammendes Plädoyer für ein starkes und geeintes Europa gehalten – und zugleich vor dem Risiko eines europaweiten Rechtsrucks gewarnt. Lasst uns gemeinsam für mehr Europa-Begeisterung sorgen!

Diese Woche haben wir endlich auch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts beschlossen. Damit zeigen wir, wofür diese Koalition steht – für eine moderne, offene und demokratische Gesellschaft. Gerade in diesen Zeiten setzen wir damit ein wichtiges Signal für viele Menschen in Deutschland: Ihr gehört zu uns!

Viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende,

Euer



Inhalt

Wir brauchen einen Aufstand der Anständigen! >>> Landwirte aus dem Kreis Warendorf demonstrieren in Berlin. >>> Frauen in der Landwirtschaft stärken. >>> Staatsangehörigkeitsrecht: Ihr gehört dazu! >>> Gute Nachrichten für das Batterieforschungszentrum in Münster. >>> Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024. >>> Verteilung des Einkommensteueranteils der Gemeinden anpassen. >>> Mein Kommentar zur Pestel-Studie. >>> "Was macht Ihr für mich in Berlin?". >>> AG Kommunalpolitik. >>> Einblicke in die Sitzungswoche.

Wir brauchen einen Aufstand der Anständigen!

Laut einem Bericht des Recherchenetzwerks Correctiv haben sich AfD-Vertreter:innen im vergangenen November mit Rechtsextremen und Identitären getroffen, um Pläne für eine massenhafte Ausweisung von Migrant:innen und auch deutschen Staatsbürger:innen zu erörtern. Das Vorgehen der AfD erinnert an die dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte: Da treffen sich AfD-Politiker:innen mit anderen gefährlichen Rechtsextremen und Geldgebern, um eine Massenausweisung von Migrant:innen zu planen – und das ausgerechnet in Potsdam. Das ist zutiefst verstörend und geschichtsverhöhrend. Rechtsextremismus in Reinform. Zudem ist es auch ganz klar verfassungswidrig. Und es zeigt, worauf wir schon lange verweisen: Die AfD versteckt unter dem Mantel der Bürgerlichkeit tiefe braune Abgründe.

Wir brauchen einen Aufstand der Anständigen in der gesamten Republik gegen den massiven Rechtsruck, der derzeit im Land stattfindet. In- und vor allem auch außerhalb der Parlamente. Das Gebaren der AfD und ihre Verstrickungen in rechtsextreme, rassistische Netzwerke werden wir diese Woche im Bundestag zum Thema machen. Es braucht eine klare, gemeinsame politische Ächtung der unsäglichen rechtsradikalen Bestrebungen durch alle demokratischen Parteien.

Widerwärtige und rassistische Massenausweisungspläne brauchen den Widerstand der anständigen Mehrheit im Land. Allen Menschen, deren Heimat Deutschland geworden ist, die unsere Verwandten, Freund:innen, Kolleg:innen, Nachbar:innen und Vereinsfreund:innen sind, rufen wir zu: Deutschland ist unser gemeinsames Land! Lasst uns dafür einstehen, dass es so bleibt.



Landwirte aus dem Kreis Warendorf demonstrieren vor dem Brandenburger Tor



170 Landwirte aus dem Kreis Warendorf haben heute vor dem Brandenburger Tor für eine Rücknahme der von der Bundesregierung geplanten Subventionskürzungen demonstriert. Ich habe die Kundgebung besucht und mit den Landwirten gesprochen. Zu meinen Gesprächspartnern gehörte auch Andreas Westermann, Vorsitzender des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes (Kreisverband Warendorf).

Für mich ist es von immenser Bedeutung, mit den Landwirten anlässlich der Demonstrationen zu diskutieren. Bereits im Dezember habe ich mit dem landwirtschaftlichen Kreisverband Warendorf geführt und die Forderungen in die Debatte in Berlin eingebracht. Dass dies gewirkt hat, zeigt der daraufhin entstandene Kompromiss und die teilweise Rücknahme der Sparmaßnahmen. Dies bildet für mich eine wichtige Grundlage für weitere Gespräche. So möchte und werde ich, gemeinsam mit der SPD im Kreis Warendorf und dem Landwirtschaftlichen Kreisverband auch weiterhin einen konstruktiven Dialog mit der Landwirtschaft über eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes führen.

Frauen in der Landwirtschaft stärken

Im Jahr 2020 wurden fast 90 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe alleine von Männern geführt, während lediglich 11 Prozent der Frauen ein gesamter Betrieb gehörte. Und trotz eines leichten Anstieges liegt auch der Anteil weiblicher Hofnachfolgen erst bei rund 18 Prozent, womit Deutschland im europäischen Vergleich unter den letzten Plätzen rangiert. Das wollen wir ändern!

- 👨‍👩‍👧‍👦 **Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf:**
- 🛡️ **Niedrigschwellige Beratungs- und Informationsangebote zur sozialen Absicherung.**
- 🙌 **Präventionsprodukte zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Arbeitssicherheit.**
- 🕒 **Schneller Überblick über kurzfristig verfügbare Betriebs- und Haushaltshelfer:innen.**
- 💬 **Mentoring-Programme für Existenzgründerinnen.**

WIR WOLLEN:

Frauen in der Landwirtschaft stärken

- ➡️ **Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf:** Einfacheres Antragsverfahren beim Elterngeld für Selbständige und zehn Tage Sonderurlaub für Partner nach Geburt.
- ➡️ Niedrigschwellige Beratungs- und Informationsangebote zur **sozialen Absicherung.**
- ➡️ Präventionsprodukte zur Verbesserung des **Gesundheitsschutzes** und der **Arbeitssicherheit.**
- ➡️ Schneller Überblick über kurzfristig verfügbare **Betriebs- und Haushaltshelfer:innen.**
- ➡️ **Mentoring-Programme** für Existenzgründerinnen.

SPD Fraktion im Bundestag

Staatsangehörigkeitsrecht: Ihr gehört dazu!

Während rechte Netzwerke widerwärtige Deportationspläne entwickeln, setzen wir mit unserem novellierten Staatsangehörigkeitsrecht ein starkes Signal an die Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte in unserem Land: Ihr gehört dazu!

Die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts ist ein wesentliches Fortschrittsvorhaben der Ampel-Koalition. Ein modernes Einwanderungsrecht ist nötig, um unserer vielfältigen Gesellschaft und unserem modernen Land gerecht zu werden. Wir brauchen es für die Menschen mit Einwanderungsgeschichte: In vielen gesellschaftlichen Bereichen politisch nicht mitgestalten zu dürfen, ist ein klares Integrationshemmnis. Das beheben wir, indem wir gut integrierten Menschen früher die deutsche Staatsbürgerschaft ermöglichen. Und dies ohne, dass sie ihre Wurzeln verleugnen müssen, denn Mehrstaatigkeit lassen wir künftig grundsätzlich zu. Zu lange hat die Gastarbeitergeneration darauf warten müssen: Ihre Lebensleistung erkennen wir nun explizit an. Wir brauchen ein modernisiertes Staatsangehörigkeitsrecht aber auch für gebürtige Deutsche, damit auch sie künftig eine weitere Staatsbürgerschaft erhalten können. Das ist in vielen anderen Ländern bereits gelebtes Recht.

Mit einem modernisierten Staatsangehörigkeitsrecht und der damit verbundenen Möglichkeit, sich hier schneller und nachhaltiger zu integrieren, verbessern wir auch unsere Stellung im globalen Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte. Denn unsere wirtschaftliche Entwicklung und unser Wohlstand hängen vom Gewinn dringend benötigter Arbeitskräfte auch aus dem Ausland ab. Klar ist dabei immer: Rassismus, Antisemitismus oder jede andere Form von Menschenfeindlichkeit stehen einer Einbürgerung entgegen - da gibt es keinerlei Toleranz.

Gute Nachrichten für das Batterieforschungszentrum in Münster



Ich freue mich, dass der Haushaltsausschuss des Bundestages in seiner sogenannten Bereinigungssitzung doch noch Mittel für die Batterieforschung bereitgestellt hat. Für das Jahr 2024 stehen 20 Millionen Euro für Forschungsprojekte in diesem Bereich zur Verfügung. In den dann folgenden Jahren bis 2028 würden weitere 50 Millionen eingeplant. Gemeinsam mit meinen Bundestagskolleginnen Wiebke Esdar und Svenja Schulze habe ich mich intensiv dafür eingesetzt, dass weiter Mittel für die besonders in Münster wichtige Batterie-forschung fließen.

Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024.

Aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 musste bereits der Haushalt 2023 durch einen Nachtragshaushalt angepasst werden, aber auch für den Haushalt 2024 und die Folgejahre ergibt sich Anpassungsbedarf. Denn laut Urteil ist es nun nicht mehr möglich, die Schuldenbremse in einem Jahr auszusetzen und mit den zusätzlichen Mitteln Krisenausgaben auch in Folgejahren zu bewältigen.

Der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen für ein zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz enthält Regelungen, um die notwendigen Einsparungen im Bundeshaushalt 2024 und teilweise in Folgejahren umzusetzen. Erreicht werden soll dies insbesondere durch die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen und die Absenkung der Ausgaben in einzelnen Ressorts, durch die bessere Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt und die Reduzierung von Bundeszuschüssen. Vorgesehen sind u.a. Subventionsabbau im Agrarbereich, eine Erhöhung der Luftverkehrssteuer und die vorgezogene Anhebung der CO₂-Bepreisung.

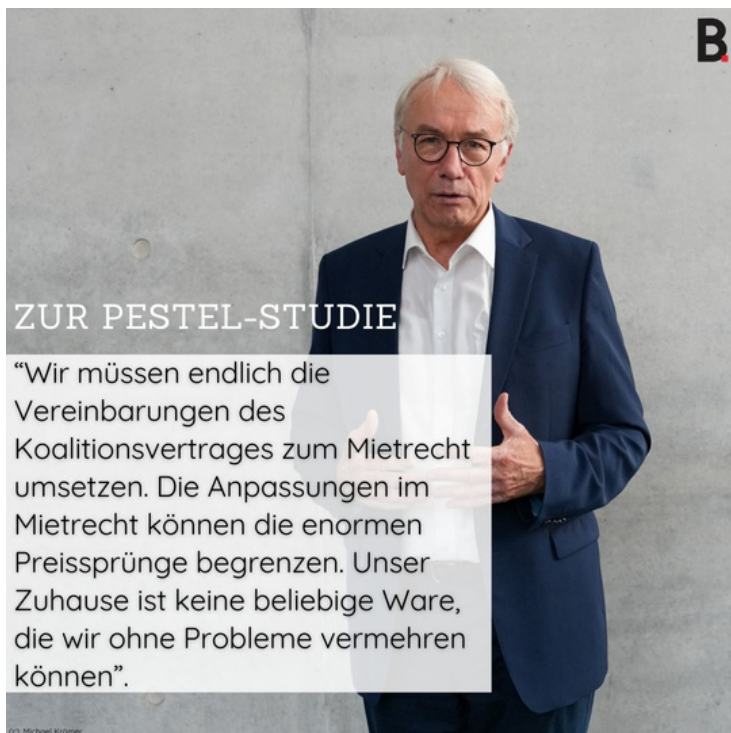
Dabei bleibt die Balance von Zukunftsinvestitionen, sozialer Sicherung, steuerlicher Entlastung und Konsolidierung der öffentlichen Finanzen erhalten. Wichtig ist uns: Es darf keine Sozialkürzungen geben und der klimaneutrale Umbau der Wirtschaft muss unterstützt werden. Die Herausforderungen bleiben groß: Der anhaltende Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine fordert weiterhin unsere Unterstützung, sowohl militärisch, finanziell und auch durch die Aufnahmen von über einer Million Geflüchteter. Gleichzeitig muss der klimaneutrale Umbau der Wirtschaft gestemmt werden, auch um Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze zu sichern. Das bedeutet, dass Ausgaben priorisiert und angepasst werden müssen. Wir haben den Gesetzentwurf in dieser Woche in 1. Lesung im Plenum beraten.

Verteilung des Einkommensteueranteils der Gemeinden anpassen.

Den Gemeinden steht ein Anteil von 15 Prozent am Einkommensteueraufkommen zu. Dieser Anteil wird von den Ländern auf die Gemeinden verteilt, auf Grundlage der Einkommensteuerleistungen ihrer Bürger:innen. Dabei gelten Höchstbeträge, damit es zu einer gewissen Nivellierung von Steuerkraftunterschieden kommt zwischen Gemeinden, die in Funktion und Größe gleich sind. Gleichzeitig muss jedoch ein gewisses Steuerkraftgefälle bei Gemeinden unterschiedlicher Funktion und Größe gewahrt werden. Um dies bei steigenden Einkommen sicherzustellen, prüfen Bund, Länder und die Kommunalen Spitzenverbände alle drei Jahre, ob die Höchstbeträge angehoben werden müssen. Denn bei steigenden Einkommen würde bei gleichbleibenden Höchstbeträgen im Laufe der Zeit ein immer höherer Anteil der Einkommensteuerleistungen abgeschnitten. Dies würde das Einkommensteueraufkommen zwischen den Gemeinden weiter angleichen, was dem im Grundgesetz (Artikel 106 Absatz 5) verankerten Grundsatz der Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer auf der Grundlage der Einkommensteuerleistungen widerspricht.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht deshalb vor, die Höchstbeträge von derzeit 35.000 Euro für einzeln veranlagte Steuerpflichtige bzw. 70.000 Euro für gemeinsam veranlagte Ehepaare auf 40.000 bzw. 80.000 Euro anzuheben.

Mein Kommentar zur Pestel-Studie



Das Bündnis „Soziales Wohnen“ hat heute im Zuge der jüngsten Pestel-Studienergebnisse den Bau von mehr Wohnungen für Menschen mit kleinem Einkommen gefordert. Eine bezahlbare Wohnung in deutschen Städten und Gemeinden zu finden, hat mittlerweile vielerorts vor allem mit Glück zu tun. Zu wenig, zu teuer, lautet der Tenor. Gegen diese Entwicklung haben wir den sozialen Wohnungsbau massiv gestärkt und die Mittel so stark erhöht wie seit Jahrzehnten nicht. Bis 2027 stehen hierfür rund 18,15 Milliarden Euro zur Verfügung. Gemeinsam mit den Mitteln der Länder werden die Investitionen auf bis zu 45 Milliarden Euro steigen.

Über den Neubau hinaus fördern die Länder mit den Mitteln des sozialen Wohnungsbaus den Ankauf von Belegungsrechten, Eigentumsmaßnahmen im sozialen Wohnungsbau, Azubi-Wohnungen und Ausbaumaßnahmen im Bestand, um preisgebundenen Wohnraum zu sichern und zu schaffen. Wir dürfen nicht allein nur auf den Wohnungsneubau schauen, sondern den Gesamtmarkt im Blick haben. In der aktuellen Lage sind auch die dreifach erhöhten Mittel des Wohngelds ein wichtiger Beitrag zur Bezahlbarkeit des Wohnens.

Wir müssen endlich die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages zum Mietrecht umsetzen, die von allen drei Ampelpartnern akzeptiert sind. Die Anpassungen im Mietrecht können die enormen Preissprünge begrenzen. Unser Zuhause ist keine beliebige Ware, die wir ohne Probleme vermehren können.



AG Kommunalpolitik zur feministischen Stadtentwicklung



Auf großes Interesse stieß die Sitzung der AG Kommunalpolitik der SPD-Fraktion zur feministischen Stadtplanung. Mit dabei waren die Stadtforscherin Dr. Mary Dellenbaugh-Losse und Emily Vontz, MdB, zuständige Berichterstatterin.

Die letzten Jahre hat sich im Bereich der Gleichberechtigung von Männern und Frauen viel getan. Doch trotzdem greift man bei der Städteplanung häufig auf ein veraltetes Rollenbild zurück.



Als kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion nehme ich gern an Gesprächen zu kommunalpolitischen Themen teil. Am vergangenen Dienstag habe ich mit mir meiner Kollegin Dr. Bärbel Kofler und Bürger:innen aus ihrem Wahlkreis zu den Leistungen des Bundes für die Kommunen ausgetauscht: Die Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung, die Ganztagsbetreuung, die Unterstützung für die Kommunen bei der Aufnahme und der Versorgung von Geflüchteten.



2024 ist Superwahljahr in Deutschland mit der Europawahl, fünf Kommunal- und drei Landtagswahlen im Osten. Gestern habe ich mich mit Kommunalpolitikern aus Brandenburg zu Themen ausgetauscht, die sie bewegen: die CO2-Bepreisung, die Krankenhausreform und Kommunalfinanzen. Danke für die Einladung!